

Im Club der älteren Herren

Der Grosse Rat will nichts von einer Verkleinerung des Parlaments wissen und hat einen entsprechenden SP-Vorstoss bachab geschickt. Jetzt lanciert die SP eine Volksinitiative dazu und beseitigt im Initiativtext einen Stolperstein.

VON LUZI BÜRKL

Es kam wie erwartet: Mit 83:27 Stimmen lehnte der Grosse Rat gestern einen Fraktionsauftrag der SP zur Verkleinerung des Kantonsparlaments von heute 120 auf neu 90 Mitglieder deutlich ab. Nebst der SP stimmten einzig die SVP, die GLP und - als Unikum - Adrian Steiger (Flims) von der FDP für den Vorstoss. Dem Entscheid vorangegangen war eine längere Debatte zur Frage nach der richtig erscheinenden Grösse des Parlaments, zur Effizienz des Rates und insbesondere zur Vielfalt im Kanton, - und ob zur Repräsentanz dieser auch 90 Parlamentarierinnen und Parlamentarier künftig ausreichen würden. Nicht ganz passend, aber aus aktuellem Anlass als Beispiel dafür herhalten musste der einzige Bergeller Grossrat, Maurizio Michael (FDP), der sich tags zuvor in einer Erklärung aufgrund der Bergsturztragödie in seiner Gemeinde Bregaglia an den Grossen Rat und die Regierung gewandt hatte. Roman Hug (SVP, Trimmis) wies zumindest im Laufe der Debatte darauf hin, dass es nicht um die Frage gehe, ob das Bergell künftig eine Vertretung im Rat haben werde. Aber die Diskussion um den Erhalt der Vielfalt im Kanton war längst eröffnet, insbesondere die FDP bediente sich dabei gern moralischer Wertvorstellungen.

Das Erfolgsmodell in Gefahr

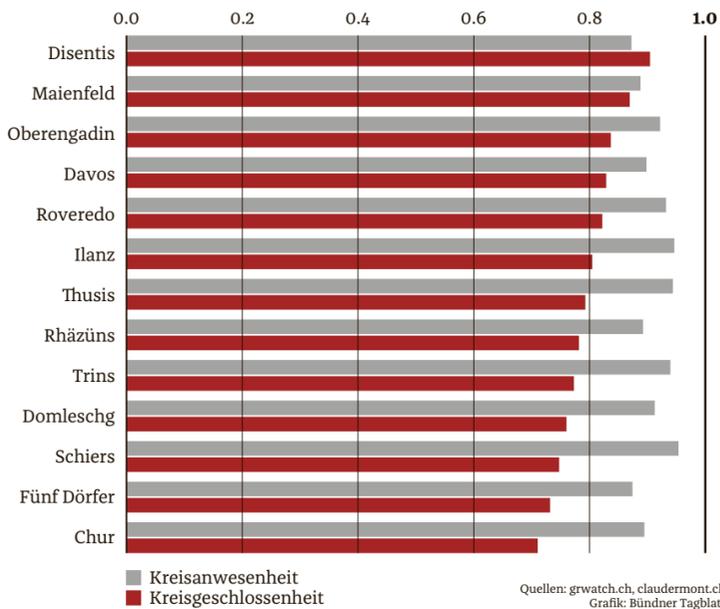
Graubünden sei ein Erfolgsmodell, das darauf zurückzuführen sei, dass die Vielfalt gelebt werde, meinte etwa Michael Pfäffli (FDP, St. Moritz). Der «Minderheitenschutz sei zentral im Kanton». Pfäffli ortete jedoch eine eintretende «Entsolidarisierung», die auch im Vorstoss der SP zur Verkleinerung des Parlaments zum Ausdruck komme, - dies sei einer Partei wie der SP «unwürdig», meinte er. Parteikollegin Brigitta Hitz-Rusch (Churwalden) sah die Solidarität im Kanton ebenfalls gefährdet, würden nicht weiterhin 39 als reine Wahlsprengel verbliebene Kreise für eine angemessene Vertretung der Täler im Rat sorgen. «Für den einzigartigen, dreisprachigen Kanton mit 150 Talschaften sind 120 Ratsmitglieder, weiss Gott, nicht zu viel», sagte Hitz-Rusch. Auch sei die Effizienz im Rat nicht abhängig von der Zahl der Ratsmitglieder. Urs Marti (FDP, Chur) stellte die Frage, ob die Unterstützer des Vorstosses



90 Parlamentarier bräuchten weniger Platz für ihre Regenschirme. Foto Yanik Bürkli

Wie geschlossen stimmen die Kreise im Rat?

Zur Berechnung wurde der Agreement Index (AI) herangezogen. Dieser nimmt den Wert von 1 an, wenn alle Kreisvertreterinnen und -vertreter genau gleich gestimmt haben. Dabei werden nicht nur die Ja- und Nein-Stimmen berücksichtigt, sondern auch Enthaltungen. In Rot ist der AI-Wert angegeben, in Grau die Anwesenheitsquote pro Kreis. Je weiter nach rechts der rote Balken geht, desto höher ist der Wert des AI und je geschlossener stimmt ein Kreis im Grossen Rat. (Nicht dargestellt sind Einer- und Zweier-Wahlkreise.)



Quellen: grwatch.ch, claudermont.ch
Grafik: Bündner Tagblatt

eigentlich der Auffassung seien, dass heute 30 Ratsmitglieder nichts nutzen würden. Oder ob sie laut deren Meinung wirklich nur darauf bedacht seien, ihren Sitz zu verteidigen. 120 Grossräte seien 120 Interessenvertreter, die einstünden für eine Sache aus Überzeugung und für ihre Idee, wie die Welt funktionieren soll. Auch sei nicht Effizienz zentral, sondern Effektivität. Und Letztere sei gegeben, wenn die Beschlüsse des Rates breit getragen würden - eben von 120 Schultern.

Es konterte SP-Regierungsratskandidat Peter Peyer (Trin). Von wegen der Rat sei die Repräsentanz eines vielfältigen Kantons: «Dieser Rat ist eine Vertretung von älteren Männern», erklärte Peyer. Junge seien in der Minderheit, Frauen ebenso, und beruflich herrschten Landwirte und Juristen im Rat vor. Cornelia Märchy-Caduff (CVP, Domat/Ems) pflichtete Peyer bei, gab aber ihrer Sorge Ausdruck, dass sich dieses Bild nur noch verschlechtern würde, reduziere man nun das Parlament um einen Viertel - schliesslich seien die Männer gut vernetzt. «Bleiben wir bei Bewährtem!»

Volksinitiative wird angepasst

Erfolglos hatte der neue SP-Fraktionschef Conradin Caviezel (Chur) eingangs der Debatte darauf hingewiesen, dass seit der letzten Volksabstimmung zur Grösse des Parlaments im Jahr 2008 viel geschehen sei. Damals hatte das Bündner Stimmvolk mit knappen 50,91 Prozent eine kantonale Volksinitiative der SP für eine Verkleinerung des Rates auf 80 Mitglieder abgelehnt. Caviezel erwähnte unter anderen die Gemeinde- und Gebietsreform, ebenso den Finanzausgleich - alles Reformen, die der Grosse Rat angepackt habe. «Der Rat ist reformfreudig, nur eben nicht bei sich selbst», sagte Caviezel und kam auf die Vorzüge eines kleineren Parlaments zu sprechen: mehr Verantwortung und Verbindlichkeit für jedes einzelne Mitglied, einfachere Entscheidung und Kompromissfindung, und alle jene, die nur auf einen privilegierten Zugang zur Verwaltung spekulierten oder auf ein «Nebenamtchen» hofften, müssten künftig draussen bleiben. FDP-Grossrätin Hitz-Rusch entgegnete, dass es der SP doch einmal mehr nur um die Einführung des Proporzwahl- und der Abschaffung des Majorzwahlverfahrens für den Grossen Rat gehe. Tatsächlich hiess es im

Fraktionsauftrag: «Das Wahlverfahren garantiert, dass die Stimmen aller Wählerinnen und Wähler möglichst gleich zur Zusammensetzung des Grossen Rates beitragen.» Dies bedingt eine Stimmkraftgleichheit - oder Erfolgswertgleichheit - in den Wahlkreisen, die sich mit dem heutigen, reinen Majorzsystem «nicht vereinbaren lässt», wie Regierungspräsidentin Barbara Janom Steiner in ihrem Votum sagte. Der Vorstoss gebe klar den Auftrag zur Änderung des Wahlverfahrens - «und zwar Richtung Proporz», so Janom Steiner. Allerdings sei die Frage offen, ob der Auftrag nicht das Gebot der Einheit der Materie verletze, mahnte sie. Also Ratsverkleinerung auf der einen, Wahlverfahren auf der anderen Seite.

Die SP hat den Stolperstein erkannt. Wie SP-Fraktionschef Caviezel nach der Debatte gegenüber dem BT sagte, wird die Partei zwar wie angekündigt nächste Woche eine Volksinitiative zur Verkleinerung des Rates auf 90 Mitglieder lancieren, dabei in einem weiteren Absatz aber nur darin festschreiben, dass die Wahlkreise der neuen Grösse des Parlaments anzupassen sind. Die Majorz-/Proporzfrage hingegen soll gerichtlich geklärt werden. Laut Caviezel ist eine Beschwerde nach der unmittelbar bevorstehenden amtlichen Publikation der Kreiswahlen 2018 sicher. Man erinnere sich: Das Bundesgericht hatte im Juli 2016 in einem Urteil festgehalten, dass eine Stimmrechtsbeschwerde gegen das Bündner Wahlsystem unmittelbar bei der Publikation der Wahlen zu erfolgen habe.

Ganz gute Kreisvertreter

Nicht im Rat diskutiert wurde gestern die Frage, wie stark die Grossräte überhaupt Vertreter ihres Wahlkreises sind. Der Bündner Politologe Clau Dermont hat zu dieser Frage das Abstimmungsverhalten aller Grossräte in den letzten zwei Jahren ausgewertet (siehe Grafik). Es ist interessant, dass es um die «Kreiseschlossenheit» gar nicht so schlecht steht. Zwar stimmen die Parlamentarier oft im Einklang mit ihrer Fraktion beziehungsweise ihrer Partei, doch erreichen die Kreise durchwegs eine akzeptable Repräsentanz, wie die Grafik zeigt. Interessantes Detail: Nicht einmal der Kreis Disentis mit fünf CVP-Vertretern erreicht maximale Übereinstimmung.

KANTONSPERSONAL

SP fordert externe Meldestelle

FRAKTIONSAUFTRAG In einem gestern eingereichten Auftrag verlangt die SP-Fraktion des Grossen Rates von der Regierung die Benennung einer externen Meldestelle für das kantonale Personal. Erstunterzeichner ist Grossrat Andri Perl (SP, Chur). Wie dem Auftrag zu entnehmen ist, steht dessen Einreichung im Zusammenhang mit den schweren Vorwürfen gegen das kantonale Amt für Kultur. Diese kamen im Zuge der Umstrukturierung der Führung des Bündner Kunstmuseums auf (im BT).

Die damals teilweise anonym erhobenen Vorwürfe wurden von einer Webseite öffentlich gemacht. Laut der SP ist ein derartiger anonymer Internet-Pranger jedoch «ein denkbar ungeeignetes Werkzeug, um mögliche Missstände innerhalb der Verwaltung anzusprechen». Es biete keinen Schutz vor Missbrauch und Verleumdung. Dem kantonalen Personal solle es deshalb in Zukunft möglich sein, allfällige Missstände einer unabhängigen Instanz zur Kenntnis zu bringen. Eine externe Meldestelle habe den Vorteil, dass sie bedarfsgerecht und deshalb kostengünstiger funktionieren als eine interne Ombudsstelle. Der Kanton könne sie ausserdem in Zusammenarbeit mit Gemeinden und öffentlich-rechtlichen Institutionen nutzen. (BT)

Späte Genugtuung für Betroffene

Der Kanton Graubünden will fürsorgliche Zwangsmassnahmen offiziell anerkennen. Dies gab Regierungsrat Jon Domenic Parolini gestern in der Fragestunde des Grossen Rates bekannt.

VON GIAN ANDREA MARTI

Von den insgesamt elf Fragen, die gestern am dritten Tag der Augustsession im Grossen Rat behandelt wurden, war die wohl emotionalste: Die Frage von Grossrätin Vera Stiffler (FDP, Chur), bei der es um die offizielle Anerkennung von fürsorglichen Zwangsmassnahmen ging. Stiffler wollte unter anderem wissen, ob die Regierung der Ansicht sei, dass eine Anerkennung wichtig und die Zeit dafür jetzt, nach Erscheinen einer vom Kanton in Auftrag gegebenen Grundlagenstudie zur Aufarbeitung fürsorglicher Zwangsmassnahmen (im BT), reif sei. Wie Stiffler in ihrer Frage ausführte, wäre die Anerkennung ein wichtiges Zeichen für die Betroffenen. Es gehe nicht um eine Entschuldigung, sondern darum offiziell anzuerkennen und zu bestätigen, was geschehen sei.

Anerkennung bestätigt

Laut Regierungsrat Jon Domenic Parolini wird die Regierung noch im kommenden Herbst kommunizieren, wie sie diese Taten anerkennen will. Dazu sei eine Betroffenen- und Fachpersonengruppe eingesetzt worden. «Diese soll Vorschläge für ein würdiges und geeignetes Zeichen der Anerkennung unterbreiten»,



Vera Stiffler spricht während der Fragestunde im Grossen Rat. Foto Yanik Bürkli

sagte Parolini, was unter anwesenden Betroffenen auf der Zuschauertribüne spontanen Beifall auslöste. Weiter sei ein Beitrag des Kantons Graubünden an den Solidaritätsfonds des Bundes vorgesehen. Dieser ist Bestandteil des seit dem 1. April geltenden Bundesgesetzes über die Aufarbeitung der fürsorglichen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen vor 1981. Das Gesetz sieht vor, dass von

fürsorglichen Zwangsmassnahmen Betroffene ein Gesuch um finanzielle Entschädigung stellen können. Der auf eidgenössischer Ebene angesiedelte Fond ist mit 300 Millionen Franken dotiert. Pro Opfer können maximal 25 000 Franken beantragt werden. Wie Parolini gegenüber dem BT sagte, kann über die Höhe des kantonalen Beitrags zum Solidaritätsfonds aber noch keine Auskunft gegeben

werden. «Wie hoch der Beitrag ausfallen wird, ist noch offen und hängt davon ab, wie viel das Zeichen der Anerkennung kosten wird», so Parolini.

Unklare Verkehrssituation

Eine weitere Frage betraf das Staumanagement auf der Autobahn A13. Grossrat Martin Wieland (FDP, Tamins) störte sich daran, dass im August im Rahmen eines Pilotprojekts die Autobahneinfahrt Bonaduz Richtung Chur versuchsweise gesperrt, der Verkehr durch Tamins geleitet und beim Anschluss Vial auf die A13 geführt wurde (BT vom 12. August). Laut Wieland ist das Dorf Tamins bereits jetzt sehr stark vom Verkehr belastet. Laut Christian Rathgeb hat die Regierung vor dem Hintergrund des starken Verkehrsaufkommens auf der San-Bernardino-Route beim Bund beantragt, den Abschnitt zwischen Reichenau und dem Südportal des Isabella-Tunnels auf vier Spuren auszubauen. Bis zur Realisierung des Ausbaus solle mit dem Pilotprojekt nach mittelfristigen Lösungen im Verkehrsmanagement gesucht werden, erklärte der Regierungsrat. Über die Erkenntnisse sollen die betroffenen Gemeinden informiert werden. Das Ziel sei aber nicht eine dauerhafte Schliessung der Einfahrt Bonaduz.